



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)**

Frau Duman

Telefon: (0221) 221-92313
Fax : (0221) 221-92210
E-Mail: Inge.Duman@Stadt-Koeln.de

Datum: 23.11.2010

**Auszug
aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung der Bezirksvertretung
Rodenkirchen - Sondersitzung vom 22.11.2010**

öffentlich

**1 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
4354/2010**

- gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion

- gemeinsamer Änderungsantrag der Grünen und der SPD-Fraktion

1. Beschluss:(Ersetzungsantrag der CDU und der FDP)

Die Beschlussvorlage „2.Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage“ wird im Beschlusstext wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung einer unterirdischen Straßenführung zur Unterquerung der Stadtbahntrasse einzuleiten, die erforderlichen Genehmigungen einzuholen und die Finanzierung sicherzustellen, mit dem Ziel den Straßentunnel gleichzeitig mit der Nord-Süd-Stadtbahn in Betrieb zu nehmen.

Für den Fall, dass die gleichzeitige Inbetriebnahme nicht sichergestellt werden kann, soll der Rat die Verwaltung und KVB beauftragen, mit einer entsprechenden Vorsorgemaßnahme sicherzustellen, dass der Straßentunnel möglichst ohne Betriebsunterbrechung der Nord-Süd-Stadtbahn hergestellt werden kann.

Die Finanzierung ist im Rahmen des Nord-Süd-Stadtbahnvertrages zu regeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion abgelehnt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)

2. Beschluss:(Änderungsantrag der Grünen und der SPD)

Der Beschlusstext der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. ... „auch als Ersatz für verstärkte Fahrten der Nord-Süd-Stadtbahn“ **wird gestrichen.**

Zusätzlich:

2. Bei der Prüfung der Einführung der Linie 15 ist ebenfalls eine Verlängerung bis nach Godorf mit zu prüfen. Zudem ist eine Variante zu prüfen, bei der eine Bahn (Linie 15a) zwischen Ubierring und Godorf pendelt (kein Umbau der Bahnsteige, da dies mit einer Stadtbahn durchgeführt werden kann). Die geforderten Untersuchungen sind umgehend zu erledigen, da deren Ergebnisse entweder eine Untertunnelung überflüssig oder aber die Vorkehrung zur Untertunnelung (Einbau einer Tragplatte) erforderlich machen.
3. Zur Verbesserung der Verkehrssituation werden alle technisch realisierbaren Maßnahmen (wie z.B. Veränderungen der VS-Vorrangschaltung, Optimierung des Stadtbahnbetriebes, Anpassung der Grünen Welle etc.) ausführlich geprüft und den Gremien zur Beratung vorgelegt.
4. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen spricht sich ausdrücklich gegen den Ausbau der Rheinuferstraße auf 6 Spuren sowie gegen eine Tunnellösung aus.
5. Unabhängig von den oben genannten Prüfungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:
 - a. Es sind alle durchführbaren und Erfolg versprechenden Maßnahmen zu prüfen und durchzuführen, welche zu einer Verkehrsreduzierung des Individualverkehrs an dieser Querung führen können.
 - b. Die Prüfung einer Sperrung der Rheinuferstraße für LKW – Durchgangsverkehr.
 - c. Der Bau des dritten Bauabschnittes der N-S-Bahn ist zu forcieren und schnellstmöglich zu realisieren
 - d. Der Ausbau und die Attraktivitätssteigerung der *Park and Ride* - Plätze entlang der Streckenführung (Marienburg, Sürth und Godorf) sowie eine ausreichende Dimensionierung der P+R-Anlage am Bonner Verteiler.
 - e. Es ist zu prüfen, welche Effekte eine verkehrslenkende, variable Geschwindigkeitsanzeige auf der Strecke Verteilerkreis / Militärring / Rheinuferstraße bewirken kann.
6. Sofern die oben geforderten Prüfungen zu einem negativen Ergebnis (Undurchführbarkeit) führen, ist eine Vorkehrung in die Rheinuferstraße einzubringen, welche zumindest die Möglichkeit einer Trog- bzw. Tunnellösung offen hält.
7. Nach Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn soll die Leistungsfähigkeit der Querung unter Berücksichtigung der oben genannten Maßnahmen geprüft und vorgelegt werden. Sollte die Einführung eines 5min. Taktes der Linie 16 erforderlich werden, sind die Erkenntnisse dieser Prüfung anhand der aktuellen Verkehrssituation erneut zu begutachten und die Ergebnisse den Gremien und der Öffentlichkeit vorzulegen. Gegebenenfalls ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion zugestimmt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)

3. Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen empfiehlt dem Rat, folgenden **geänderten und ergänzten** Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen welche technischen, rechtlichen, finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen eine Verlängerung der Linie 15 von der Endhaltestelle Ubierring bis Bahnhof Rodenkirchen, ~~auch als Ersatz für verstärkten Fahrten der Nord-Süd Stadtbahn~~, hat.

Zusätzlich:

1. Bei der Prüfung der Einführung der Linie 15 ist ebenfalls eine Verlängerung bis nach Godorf mit zu prüfen. Zudem ist eine Variante zu prüfen, bei der eine Bahn (Linie 15a) zwischen Ubierring und Godorf pendelt (kein Umbau der Bahnsteige, da dies mit einer Stadtbahn durchgeführt werden kann).
Die geforderten Untersuchungen sind umgehend zu erledigen, da deren Ergebnisse entweder eine Untertunnelung überflüssig oder aber die Vorkehrung zur Untertunnelung (Einbau einer Tragplatte) erforderlich machen.
2. Zur Verbesserung der Verkehrssituation werden alle technisch realisierbaren Maßnahmen (wie z.B. Veränderungen der VS-Vorrangschaltung, Optimierung des Stadtbahnbetriebes, Anpassung der Grünen Welle etc.) ausführlich geprüft und den Gremien zur Beratung vorgelegt.
3. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen spricht sich ausdrücklich gegen den Ausbau der Rheinuferstraße auf 6 Spuren sowie gegen eine Tunnelösung aus.
4. Unabhängig von den oben genannten Prüfungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:
 - a. Es sind alle durchführbaren und Erfolg versprechenden Maßnahmen zu prüfen und durchzuführen, welche zu einer Verkehrsreduzierung des Individualverkehrs an dieser Querung führen können.
 - b. Die Prüfung einer Sperrung der Rheinuferstraße für LKW – Durchgangsverkehre.
 - c. Der Bau des dritten Bauabschnittes der N-S-Bahn ist zu forcieren und schnellstmöglich zu realisieren
 - d. Der Ausbau und die Attraktivitätssteigerung der *Park and Ride* - Plätze entlang der Streckenführung (Marienburg, Sürth und Godorf) sowie eine ausreichende Dimensionierung der P+R-Anlage am Bonner Verteiler.
 - e. Es ist zu prüfen, welche Effekte eine verkehrslenkende, variable Geschwindigkeitsanzeige auf der Strecke Verteilerkreis / Militärring / Rheinuferstraße bewirken kann.
5. Sofern die oben geforderten Prüfungen zu einem negativen Ergebnis (Undurchführbarkeit) führen, ist eine Vorkehrung in die Rheinuferstraße einzubringen, welche zumindest die Möglichkeit einer Trog- bzw. Tunnelösung offen hält.
6. Nach Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn soll die Leistungsfähigkeit der Querung unter Berücksichtigung der oben genannten Maßnahmen ge-

prüft und vorgelegt werden. Sollte die Einführung eines 5min. Taktes der Linie 16 erforderlich werden, sind die Erkenntnisse dieser Prüfung anhand der aktuellen Verkehrssituation erneut zu begutachten und die Ergebnisse den Gremien und der Öffentlichkeit vorzulegen. Gegebenenfalls ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion zugestimmt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)